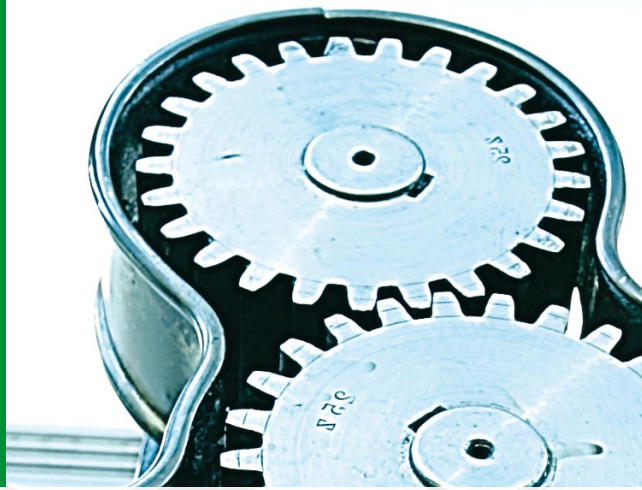


Pressekonferenz, 22. Oktober 2009



VERWALTUNGSREFORM

Bürgernäher

Schlanker

Effizienter

www.verwaltungsreform.steiermark.at



Das Land
Steiermark

Stand der Verwaltungsreform

Oktober 2009

Unsere Bürgerinnen und der Bürger erwarten eine funktionierende, kostengünstige Verwaltung, die maßgeschneiderte Leistungen anbietet. Gerade in Zeiten sinkender Einnahmen für öffentliche Haushalte muss darauf geachtet werden, dass die Verwaltung effektiv und effizient arbeitet und der Politik aussagekräftige Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stellt. Das Wecken und Verstärken des »Kostenbewusstseins« ist dabei ein zentrales Thema.

Die Steiermärkische Landesregierung hat daher im Arbeitsübereinkommen 2005–2010 festgelegt, die Qualität der Verwaltung des Landes Steiermark und die Verwaltungsabläufe zu optimieren (»Verwaltungsreform Steiermark«).

Die Verwaltungsreform Steiermark umfasst drei Säulen:

1. Aufgaben bedarfsorientiert wahrnehmen

Das Land Steiermark legt Wert darauf, die richtigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Das Leistungsspektrum wird auf Aktualität durchleuchtet, um die Kosten zu minimieren.

2. Bürokratie abbauen

Straffe Arbeitsabläufe mit hoher Qualität und sinkende Bearbeitungszeiten werden durch Optimierung von Prozessen und gezielten Einsatz von Informationstechnologie erreicht.

3. Kostenbewusstsein schärfen

Betriebswirtschaftliche Aspekte (wie Kosten, Mengen, Wirkungen) schaffen zusätzliche Entscheidungsgrundlagen. Das Kostenbewusstsein wird geweckt und verstärkt

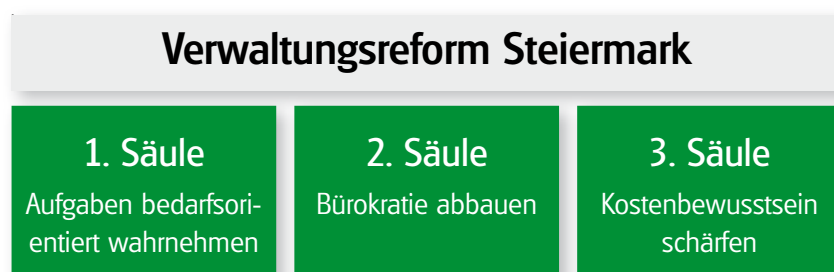


Abb.: Die drei Säulen der Verwaltungsreform Steiermark



Im Folgenden eine Übersicht der Elemente der Verwaltungsreform, die von unterschiedlichen reformorientierten Dienststellen der steirischen Landesverwaltung unter der Gesamtsteuerung von Landesamtsdirektor Dr. Gerhard Ofner durchgeführt wurden und werden.

Vorhaben nach dem Wirkungsorientierten Steuerungsmodell

ABGESCHLOSSEN

Die Strategie für eine leistungsfähige Verwaltung

Erarbeitung von Oktober 2007 bis März 2008,
Regierungsbeschluss am 5.5.2008

Das »Wirkungsorientierte Steuerungsmodell« ist der strategische Überbau für die Vorhaben der Verwaltungsreform. Damit soll künftig der Blick stärker auf die Wirkungen unseres Leistungsangebotes gelegt werden. Zeitgemäße und auf die Bedürfnisse der Verwaltung angepasste betriebswirtschaftliche Instrumente werden die zentralen Elemente der traditionellen Verwaltung wie Budget, Stellenplan und Rechnungsabschluss ergänzen.

ABGESCHLOSSEN

Leistungskatalog und Einmalkostenrechnung

Erarbeitung von März 2006 bis März 2008

Mit dem Leistungskatalog und der Einmalkostenrechnung wurde das Leistungsspektrum der Steirischen Landesverwaltung umfassend dargestellt. Erst mit diesem Wissen über die Mengen und Kosten der Leistungen können weiterführende wirtschaftliche Überlegungen – ähnlich wie im privaten Bereich – angestellt werden.

FACTS
Etwa 3.800 Leistungen der Steirischen Landesverwaltung zeigen detailliert das umfangreiche Leistungsspektrum.
.....

Aufgabenkritik

seit Oktober 2007

Das Aufgabenspektrum der Steirischen Landesverwaltung hat sich in den letzten Jahrzehnten ständig erweitert. Einmal eingeführte Aufgaben wurden allerdings nur in Anlassfällen einer Überprüfung ihrer Wirkungen im Sinne der Kundenorientierung unterzogen. Im Projekt Aufgabenkritik wurden daher detaillierte Informationen zum Leistungsspektrum der steirischen Landesverwaltung inkl. erste Einschätzungen zu Aufgabenveränderungen durch die Führungskräfte erarbeitet (Kosten, Mengen, Rechnungsabschlussdaten und »Wirkungsannahmen« zu ca. 3.800 Leistungen).



In Workshops sollen Veränderungsoptionen bis zu 25 Prozent des Landeshaushaltes entwickelt werden. Der dafür notwendige einstimmige Regierungsbeschluss wurde noch nicht gefasst.

FACTS In einer ersten groben Abschätzung wurden von den Führungskräften 138 Leistungen genannt, die in Zukunft an Bedeutung verlieren werden und 448 Leistungen, für die der Bedarfsdruck gering eingeschätzt wird.

Einführung und Weiterentwicklung von Controlling

von Juli 2009 bis Dezember 2012

Die laufende Betrachtung betriebswirtschaftlicher Aspekte wird bei steigender finanzieller Knappheit öffentlicher Haushalte immer wichtiger. Die zentralen Fragen lauten: »Was kosten unsere Leistungen?«, »Welche Leistungen sollen bei gegebenem Budget angeboten werden?« und »Welche Leistungen müssen jedenfalls zur Aufrechterhaltung des Rechtsstaates angeboten werden?«.

Für die Führungskräfte aller Ebenen der Steirischen Landesverwaltung werden daher maßgeschneiderte Controlling-Instrumente entwickelt. Mit (betriebswirtschaftlichen) Zahlen und Fakten werden beispielsweise die Budget- und Personalplanung, über Ziel- und Leistungsvereinbarungen die Führung des eigenen Verantwortungsbereiches unterstützt. In der Startphase wird eine Auswahl an besonders geeigneten Dienststellen dieses Angebot nutzen, bis Ende 2012 soll Controlling für den gesamten Landesdienst zur Verfügung stehen.


FACTS In 5 bis 7 Jahren soll die gesamte Landesverwaltung die Möglichkeiten betriebswirtschaftlicher Steuerung nutzen. Bereits ab 2010 werden sukzessive alle wichtigen Bereiche unterstützt.

ABGESCHLOSSEN

Strukturelle Voraussetzungen

Die Verwaltungsreform wird von vielen reformorientierten Führungskräften und MitarbeiterInnen der Steirischen Landesverwaltung getragen. Als Unterstützung für die Gesamtsteuerung durch den Landesamtsdirektor wurde in der Landesamtsdirektion die Stabstelle Verwaltungsreform, Innovation und strategisches Projektmanagement eingerichtet. Zusätzlich begleitet ein interdisziplinäres Gremium die Entwicklungen: Das Reformteam ist zusammengesetzt aus VertreterInnen der Bereiche Landesamtsdirektion, Landesbaudirektion, Finanzen, Personal, Organisation, IT, Landesentwicklung und Bezirkshauptmannschaften.

Aber auch in anderen Bereichen gab es notwendige Anpassungen der Strukturen, wie zum Beispiel die Einrichtung der Abteilung A20 – Katastrophenschutz und Landesverteidigung und deren Zuordnung zur Abteilungsgruppe Landesamtsdirektion. Durch diese Änderung konnte eine weitere Optimierung der Abläufe der behördlichen Maßnahmen im



In 5 bis 7 Jahren betriebswirtschaftliche Steuerung für die gesamte Landesverwaltung

Eigene Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung

Katastrophen- und Krisenfall erzielt und der immer größer werdenden Bedeutung dieses Aufgabenfeldes Rechnung getragen werden.

Einzelvorhaben im Sinne der Verwaltungsreform

ABGESCHLOSSEN

Förderungscontrolling

von Mai 2006 bis August 2009

Mit der Einführung des Förderungscontrollings können nicht beabsichtigte Mehrfachförderungen und Überförderungen aus Landesmitteln vermieden und Förderungsmissbrauch weitestgehend unterbunden werden. Die Abwicklung von Förderungen wurde über eine landesweit gültige Rahmenrichtlinie vereinheitlicht, sämtliche relevante Dienststellen wurden einbezogen. Die technische Umsetzung ist derzeit im Laufen.

FACTS Die Abwicklung der Förderungen des Landes Steiermark von in Summe EUR 1,28 Mrd. erfolgt mit 411 Förderungsprogrammen. Über die zur Verfügung gestellte Datenbank werden derzeit landesweit 61.000 Förderungsfälle und 45.600 FörderungsempfängerInnen verwaltet.

Controlling für insgesamt
mehr als 60.000
Förderungsfälle

ABGESCHLOSSEN

Verfahrenscontrolling

Erlass vom 10.7.2008 – Wiederverlautbarung

In allen Bezirkshauptmannschaften wird ein EDV-gestütztes Controllingssystem für Betriebsanlagen- und Wasserrechtsverfahren eingesetzt. Zielvorgabe ist es, 80% der Verfahren statt binnen 6 Monaten innerhalb von 3 Monaten abzuschließen. Dieses Instrument ermöglicht es den Verantwortlichen, die Dauer einzelner Verfahrensschritte und die Ursachen von etwaigen Verzögerungen auszuwerten und Vergleiche zwischen den Bezirkshauptmannschaften anzustellen.

FACTS Im ersten Halbjahr 2009 betrug die Dauer der mehr als 860 Betriebsanlagen- und Wasserrechtsverfahren in den Bezirkshauptmannschaften durchschnittlich 8,6 Wochen (Antrag bis Erledigung).

Verfahrensdauer
spürbar senken

ABGESCHLOSSEN

Pensionsreform 2009

Steiermärkisches Pensionsgesetz 2009

Mit der Pensionsreform 2009 wurde das Pensionssystem des Landes Steiermark völlig neu gestaltet. Im Wege der Pensionsreform wechselte die Steiermark bei der Berechnung des Ruhegenusses vom Letztbezugsprinzip zur Durchrechnung der Bezüge des Aktivstandes. Die Pensionsreform setzt damit die vom Bundesrechnungshof empfohlene Harmonisierung der Pensionssysteme vollinhaltlich um.

FACTS Das Steiermärkische Pensionsgesetz 2009 ergibt gegenüber der Rechtslage 2003 ein Einsparungspotenzial von 2010 bis 2047 von insgesamt rund 244 Millionen Euro.

**Pensionsreform bringt
Einsparungen**

ABGESCHLOSSEN

Zentrales Projektmanagement

Projektmanagement-Richtlinie, Erlass vom 21.9.2007

Neuartige Ansätze können oft nur in Form von Projekten entwickelt werden. Mit der Projektmanagement-Richtlinie wurden das Projektmanagement und Leistungszukäufe für Projekte geregelt. Damit ist ein Gesamtüberblick über alle Projekte der Steirischen Landesverwaltung möglich, und eine einheitliche Vorgehensweise in allen Projekten gesichert.

FACTS Im Jahr 2008 wurden landesweit 53 meist dienststellenübergreifende Projekte in unterschiedlichen Themenbereichen gestartet und 32 Projekte abgeschlossen.

**Dienststellenübergreifen-
des Projektmanagement**

ABGESCHLOSSEN

Qualitätsmanagement in vier Bezirkshauptmannschaften – CAF

von Jänner 2009 bis Juni 2009

Die Anwendung des CAF (Common Assessment Framework) wird in den österreichischen Bezirksverwaltungsbehörden generell forciert und bietet sich daher als Qualitätsmanagementinstrument an. Im Weg der Selbstbewertung prüften Führungskräfte und MitarbeiterInnen der Bezirkshauptmannschaften Judenburg, Mürzzuschlag, Hartberg und Voitsberg die jeweiligen Gegebenheiten und definierten mögliche Verbesserungen.

FACTS Das CAF soll laut Beschluss des EU-Ministerrats in allen EU-Mitgliedstaaten eingeführt werden. Es wurde entwickelt, um die Grundidee und Prinzipien von Total-Quality-Management (TQM) im öffentlichen Sektor voranzubringen.

**Qualitätsmanagement
für Bezirkshauptmann-
schaften**

ABGESCHLOSSEN

Interne Revision

Einrichtung per 1.4.2009

Die Interne Revision nach internationalem Standard erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen für die steiermärkische Landesregierung und den Landesamtsdirektor. Die Kontrolle durch die Interne Revision und die nachprüfende externe Kontrolle des Rechnungshofes ergänzen einander. Deshalb fordert der Rechnungshof die Einrichtung dieser Stellen in allen Bundesländern.

FACTS 6 RevisorInnen werden zukünftig die Landesverwaltung in Richtung Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Sicherheit und die Ordnungsmäßigkeit verstärkt betrachten. Das entspricht etwa dem internationalen Richtwert von 1 RevisorIn auf 1.000 MitarbeiterInnen.

Interne Revision auf
internationalem Niveau

ABGESCHLOSSEN

IT-Szenario 2010

Erarbeitung von April 2007 bis April 2008

Informationstechnik und Informationsmanagement sind das Rückgrad einer modernen Verwaltung, ohne die eine zeitgemäße Bedienung der BürgerInnen und Unternehmen undenkbar ist. Bei einer detaillierten Untersuchung wurden Defizite in diesem Bereich festgestellt. Um die wichtigsten Sicherheits- und Leistungsziele im Einsatz der elektronischen Informationssysteme zu erreichen, wurde im Budget 2009/2010 eine dauerhafte Erhöhung des IT-Budgets durchgeführt. Demgegenüber stehen mögliche Schäden, die ein Vielfaches an Kosten verursachen würden.

FACTS Das jährliche IT-Budget wurde um EUR 2 Mio. erhöht, um vor allem die Ausfallsicherheit zu erhöhen. Durch einen Ausfall der Systeme könnten Schäden von bis zu EUR 1 Mio. täglich entstehen.

Ausfallsicherheit der
Landes-IT erhöht

ABGESCHLOSSEN

www.steiermark.at – einheitlicher Internetauftritt

Erlass vom 3.6.2009

Der Internetauftritt des Landes Steiermark (Steiermarkserver: www.steiermark.at) umfasst etwa 100 Fachinformationssysteme, die von den BürgerInnen intensiv genutzt werden. Um den Informationsanspruch der steirischen Bevölkerung weiterhin optimal erfüllen zu können und einem Zersplittern der Internetpräsentation vorzubeugen, wurden Richtlinien für den einheitlichen Internetauftritt des Landes Steiermark erlassen.

FACTS Auf dem Steiermarkserver www.steiermark.at gab es im Jahr 2008 rund 100 Millionen Seitenaufrufe (2002: 10 Millionen Seitenaufrufe). Ein Vergleich der Website-Qualität aller Bundesländer und Kantone im deutschsprachigen Raum (Österreich, Deutschland, Schweiz) ergab für die Steiermark den ausgezeichneten 5. Platz.

100 Millionen
Seitenaufrufe

ABGESCHLOSSEN

Geographisches Informationssystem Steiermark – Koordinierungsmaßnahmen

Erlass vom 12.3.2008

Das Angebot des GIS-Steiermark unterstützt zahlreiche raumbezogene Fragestellungen innerhalb der Verwaltung. Es integriert in Kooperation mit den Landesdienststellen sowie Bundeseinrichtungen und Gemeinden Inhalte von Karten- und Plangrundlagen aus allen Bereichen der Landesverwaltung. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, wurden Koordinierungsmaßnahmen für Geoinformationen gesetzt (Fortführung eines Erlasses von 2005).

FACTS Im Jahr 2008 wurden rund 12 Millionen Karten über die Internet-Kartendienste des GIS-Steiermark abgerufen. Von Externen angeforderte Geo-Daten hatten einen Wert von etwa EUR 22 Millionen. Weitere Infos unter: www.gis.steiermark.at

ABGESCHLOSSEN

»europa direct«-Infostelle und »Büro für Bürgerberatung«

Einrichtung per 26.1.2009

Das Land Steiermark hat eine »europa direct«-Infostelle eingerichtet, wo Broschüren, Beratung und Veranstaltungen zu Europathemen angeboten werden. Daneben ist das »Büro für Bürgerberatung« auch unter dieser neuen Adresse zu erreichen: 8010 Graz, Burgring 4, Parterre.

FACTS EU-weit gibt es 400 regionale »europa direct«-Büros. Weitere Infos unter: www.europa-direct.steiermark.at

ABGESCHLOSSEN

»Verwaltungskosten senken für Unternehmen«

von Dezember 2007 bis Juni 2009

Mit der Initiative »Verwaltungskosten senken« sollen Unternehmen substanziell entlastet werden und der Wirtschaftsstandort zusätzlich an Attraktivität gewinnen. Das Land Steiermark hat sich mit den Bundesländern Oberösterreich und Tirol in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen dieser Initiative angeschlossen. Die Ergebnisse werden in die Weiterentwicklung der Gesetzesfolgenabschätzung einfließen und können auch Grundlage für die Harmonisierung von Rechtsvorschriften sein.

FACTS Verwaltungslasten für Unternehmen, die aus landesrechtlichen Regelungen entstehen, sind im Verhältnis zu den Verwaltungslasten aufgrund bundesrechtlicher Regelungen äußerst gering (Land Steiermark EUR 10,9 Mio., Bund EUR 4.300 Mio.). Weitere Infos unter: www.verwaltungskosten senken.at



Reibungslose
Bereitstellung
von Geodaten

Direkte
EU-Informationsschiene

Verwaltungskosten für
Unternehmen senken

ABGESCHLOSSEN

Meldepflicht von Leistungszukäufen

Erlässe vom 22.12.2008 und 30.6.2009

Von der Steirischen Landesverwaltung werden im Rahmen der Aufgabenerfüllung Leistungen zugekauft. Die Führungskräfte haben innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen zu entscheiden, ob eine Leistung wirtschaftlicher selbst erbracht werden kann oder zugekauft werden muss. Mit dem Aufbau einer flächendeckenden und strukturierten Übersicht über Leistungszukäufe wird nunmehr eine wesentliche Unterstützung für die Steuerung geschaffen.

FACTS Halbjährlich werden von den Abteilungen aus den laufend erhobenen Daten Berichte erstellt und zentral zusammengefasst. Diese dokumentieren die aktuellen »make or buy«-Entscheidungen der Führungskräfte.

Elektronische Regierungssitzung

von Oktober 2007 bis Jänner 2010

Bisher erforderte die Abwicklung von Regierungssitzungen einen hohen logistischen und materiellen Aufwand. Etwa 60.000 Arbeitsstunden und erhebliche Papiermengen mussten landesweit pro Jahr für die Abwicklung von Regierungssitzungen aufgewendet werden. Mit Jänner 2010 werden nun sämtliche Arbeiten rund um die Regierungssitzungen auf eine elektronische Abwicklung umgestellt. Die Investitionskosten betragen etwa die Hälfte der potenziellen jährlichen Einsparungen, die jährlichen Kosten etwa 10% der potenziellen jährlichen Einsparungen.

FACTS Rund 300 MitarbeiterInnen, die jährlich etwa 5.000 Regierungssitzungsanträge vorbereiten und abwickeln, werden in Zukunft durch die »Elektronische Regierungssitzung« unterstützt.

Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie

von Jänner 2009 bis Oktober 2009

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie hat den Abbau von bürokratischen Hindernissen und zwischenstaatlichen Hemmnissen sowie die Förderung des grenzüberschreitenden Handels mit Dienstleistungen zum Ziel. Um dies zu gewährleisten, müssen bis 28.12.2009 landesgesetzliche und organisatorische Vorkehrungen getroffen werden. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und dem Bundeskanzleramt.

FACTS Ab Jänner 2010 steht für alle BürgerInnen und Unternehmen ein »Einheitlicher Ansprechpartner« als zentrale Anlaufstelle zur Verfügung. Daneben sollen elektronische Verfahren und Verwaltungszusammenarbeit mit Behörden anderer Mitgliedstaaten zu Vereinfachungen führen.

Transparente
»make or buy«-
Entscheidungen

Kosteneinsparungen
durch elektronische
Regierungssitzungen

Zentrale Anlaufstelle
für BürgerInnen

Umsetzung des E-Government-Masterplans

Regierungsbeschluss vom 27.2.2006

Electronic Government bringt eine moderne, bürgerfreundliche Verwaltung: Der Zugang zu den Verfahren wird erleichtert, die Abwicklung wird beschleunigt und gleichzeitig wird der Verwaltungsaufwand verringert. Das Land Steiermark setzt über den E-Government-Masterplan eine Reihe von Aktivitäten, um die Umsetzung von E-Government-Anwendungen zu beschleunigen. So wird beispielsweise das steirische Portal mit help.gv.at so vernetzt werden, dass eine nahtlose Integration von Informationen über bundesgesetzliche Verfahren in das steirische Portal möglich wird.

FACTS In den letzten 12 Monaten wurden etwa 70.000 Anträge elektronisch in strukturierter Form an das Land-Steiermark, entweder über Online-Formulare oder über One-Stop-Partner (Wirtschaftskammer, Fahrschulen, Gemeinden), übermittelt. So nützen pro Monat im Durchschnitt etwa 400 steirische Familien die Möglichkeit, ihren Familienpass elektronisch anzumelden, Einsprüche gegen Strafverfügungen erledigen viele Steirerinnen und Steirer mittlerweile ebenso gerne von ihrem Computer aus wie im Monatsschnitt etwa 1.400 sich das Ausfüllen und retournieren der Formulare einer erforderlichen Lenkerauskunft auf dem Postweg ersparen und dies ebenfalls elektronisch erledigen. Weitere Infos unter: www.e-government.steiermark.at

ISOMAS – Integriertes Sozialmanagement-System

Vorstudie, Juni 2009

Die steigenden budgetären Belastungen und die zunehmende Leistungsvielfalt im Sozialbereich machen die Bereitstellung aktueller Daten erforderlich. Dazu wird in einer Vorstudie die Einführung eines vernetzten EDV-Systems bei gleichzeitiger Umsetzung des Elektronischen Akts (ELAK) empfohlen. Zusätzlich notwendige Personalressourcen können vermieden werden, die Investition rechnet sich etwa nach dem 6. Jahr.

FACTS ISOMAS soll zukünftig etwa 500 AnwenderInnen bei der Verwaltung des Sozialbudgets von ca. EUR 540 Mio. und beim Vollzug der Sozialgesetze unterstützen.

Schon 70.000 Anträge pro Jahr elektronisch

Vernetztes Datenmanagement für den Sozialbereich

Einsatz von Videokonferenzsystemen im Steirischen Landesdienst

Machbarkeitsstudie September 2008, derzeit Umsetzungsprojekt

Das Land Steiermark ist das erste Bundesland, in dem Videokonferenzsysteme im täglichen Verwaltungsbetrieb im Einsatz sind. Die Erfahrungen zeigen, dass durch die Erleichterung der Kommunikation Zeit und Kosten v.a. für Dienstreisen eingespart werden. Die Landeswarnzentrale, einige Bezirkshauptmannschaften, die Europa-Abteilung mit dem Steiermark-Büro in Brüssel und das Medienzentrum sind bereits mit Videokonferenzsystemen ausgestattet, bis Ende 2010 werden weitere Piloteinheiten hinzukommen.

FACTS
Es wird erwartet, dass bei etwa 22 Dienststellen der Steirischen Landesverwaltung der Einsatz von Videokonferenzsystemen zu Zeit- und Kosteneinsparungen führen wird. Die konkreten Potenziale werden im laufenden Pilotbetrieb ermittelt.
.....



Videokonferenzen sparen
Zeit und Kosten